

VOLKSAKTIE

Eine statt fünf

„Ich bin es leid“, murrte Finanzminister Dahlgrün in der Kabinettsitzung, „daß alle Augenblicke in dieser Sache bei mir angerufen wird.“

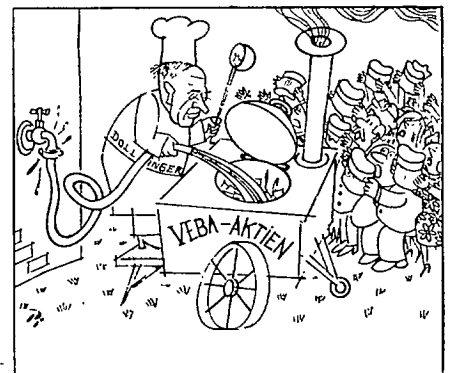
Die Sache: Mehr als zwei Millionen Bundesbürger drängeln nach Veba-Volksaktien, und unter der schieren Erfolgslast des Wahlschlagers knistert es im Bonner Gebälk.

Nach Schatzminister Werner Dollingers Plan sollten von den 825 Millionen Mark Kapital der Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerks-AG (Bergbau, Chemie, Kraftwerke, Handel und Schifffahrt) 421 Millionen, also 51 Prozent, in Bundesbesitz bleiben; 404 Millionen Mark sollte das Volk bekommen.

Bis zu fünf der Papiere zum Stückpreis von 210 Mark durften bestellt werden, und fast alle Veba-Anwärter, die seit dem Zeichnungsbeginn am 24. Mai die Bank- und Sparkassenschalter belagern, verlangen das Maximum. Am Telefon wurde das Papier bereits zu Zukunftskursen von 270 Mark gehandelt.

In der vergangenen Woche — die Zeichnungsfrist lief noch bis zum 21. Juni — stand fest, daß statt fünf Aktien nur eine, allenfalls zwei für jeden Besteller übrigbleiben würden. Minister Dollinger hatte das Debakel kommen sehen.

Schon vor Pfingsten machte er seinen Ministerkollegen Schmücker, Blank und Dahlgrün am Telefon den Vorschlag, der Bund möge auf seine Mehrheit verzichten und weitere 25 Prozent des Veba-Kapitals, also noch 206 Millionen Mark, zum Verkauf stellen. Dann könne man jedem Interessenten immerhin zwei, vielleicht sogar drei Aktien zu teilen.



Industriekurier

Das Volk will satt werden

Blank und Schmücker stimmten zu, Finanzminister Dahlgrün versprach lediglich, den Plan zu prüfen.

Glatte Absagen holte sich Dollinger bei den Privatisierungsexperten der CDU, Professor Fritz Burgbacher und Hans Katzer. Burgbacher wollte den Bundeseinfluß auf die Energieversorgung erhalten sehen; Katzer — er ist Anführer des linken CDU-Flügels und Vorsitzender des Parlamentsausschusses für wirtschaftlichen Bundesbesitz — wollte den Schutz des Bonner Mehrheitsaktionärs für die künftigen Kleinstaktionäre nicht missen.



Bonn-Besucher de Gaulle, Gesprächspartner: „Sie sehen aber ganz gut aus“

setzt und unter den geschlossenen Bedingungen zum guten Ende geführt werden; ferner: daß eine Konferenz auf dem Gipfel vor Ende des Jahres stattfindet.“

Erleichtert brach die deutsch-französische Schaumburg-Runde zum Schlemmermahl in die Residenz des französischen Botschafters nach Schloß Ernich auf. Mit Kanzler Erhard und Minister Westrick verabredete Pressechef von Hase, was er den wartenden Zeitungsleuten sagen sollte: prinzipielle Einigung über die EWG-Fragen und — sogar abgeschwächt gegenüber de Gaulles Formulierung — Vorschlag an die EWG-Partner für eine Europa-Konferenz der Regierungschefs.

Als Hase zwei Stunden später das Botschafter-Schloß betrat, fand er die Diner-Gesellschaft bei schwarzem Kaffee und in ersten Beratungen. Die Experten, Staatssekretär Lahr und der Ministerialdirektor vom Quai d'Orsay Wormser, hatten inzwischen festgestellt, daß eine schnelle Einigung über den Agrarfonds nicht möglich sei.

Erhard: „Es ist klar, daß wir das jetzt nicht in einer Viertelstunde ausräumen können.“ De Gaulle: „Die Fragen müssen bilateral weiter beraten werden.“

In diese Szene platzte der Pressechef hinein und gestand mit dem Mut des Ritterkreuz-Trägers, was er soeben verlautbart hatte. Der General nutzte die günstige Gelegenheit, um auf deutsche Kosten von der ihm nicht genehmen Europagipfel-Konferenz wieder herunterzukommen: „So weit wäre ich nicht gegangen. Die Frage der Konferenz muß wohl doch noch en suspens bleiben.“

PRESSE

Zucken mit dem Kopf

Bild sah de Gaulle, 74, schon fast im Grab. Nur „20 Monate“ noch gäben ungenannte Ärzte dem General. „De Gaulle schwer krank?“ fragte die Schlagzeile des Springer-Blattes den angeblich moribunden Staatsgast nach der Ankunft in Bonn.

Die Symptome, laut „Bild“: „Er zuckt immer wieder mit dem Kopf. Sein Atem geht schwer. Sein linkes Auge ist leicht geschlossen.“ Die Diagnose, wie sie sich dem Leser aufzwang: eine heimtückische Kombination zwischen einem Krebslei-

den wie bei Papst Johannes XXIII und einem Merftalgebrechen.

Im letzten Herbst war de Gaulle trotz vorangegangener Prostata-Operation noch „Bild“-gesund. Doch dann begann der General seine neue Ostpolitik.

Wochenlang versuchte „Bild“-Verleger Axel Springer, im Elysée-Palast empfangen zu werden, um de Gaulle zuzureißen. Der General wollte den Zeitungsmann so wenig sehen, wie Chruschtschow 1958 auf ihn hatte hören wollen.

Wie Chruschtschow wurde auch de Gaulle gestraft: Nach dem ergebnislosen Moskau-Besuch begann der Verleger seinen Russenkampf, nach der Absage aus Paris den Zwei-Fronten-Krieg deutscher Tradition. Die Springer-Presse ging auf Anti-de-Gaulle-Kurs.

Der General reiste derweil fünf Tage lang durch vier französische Départements und mutete sich dabei eine Strapaze nach der anderen zu. Er stieg in 80 Orten aus, hielt Dutzende von Reden — jedesmal eine andere —, las kein Wort vom Blatt und versprach sich kein einziges Mal.

Bei der Vorbereitung einer neuen Reise in die Provinz hatte er den Wunsch geäußert, Madame de Gaulle solle ein Hospital besichtigen. Krankenhausverwaltungen und Gesundheitsbehörden begannen, ihre Lokale aufzumöbeln. Daraus wiederum entstand das Gerücht, de Gaulle sei leidend, man richte Krankenstuben für ihn ein.

Dann machte „Bild“ ihn krank. Die Ursache des Leidens: Der Patient „hat ein schweres Leben hinter sich“. Dementsprechend fuhr sein Mercedes 600 in Bonn „verhältnismäßig langsam. Höchstens mit 60 Stundenkilometern. Rücksicht auf einen kranken Staatsbesucher?“

„Bild“-Leser Konrad Adenauer tröstete den Freund: „Sie sehen... aber ganz gut aus.“ De Gaulle gab das Kompliment zurück: „Sie sehen auch viel besser aus.“

Vier Tage später startete der angeblich weidwunde General zu einer Reise in die drei letzten noch nicht besuchten französischen Départements. Auf einer Parforcejagd dur die Ile-de-France hielt er 21mal an, schüttelte Tausende Franzosenhände, sprach — ohne Vorlage — sechsmal zum Volk und stieß am Ende jedesmal die Arme zum „V“ nach oben: „Victoire“ — Sieg.

Sein Kopf zuckte dabei, und sein Atem ging schwer. Aber er war im Bilde.

BUNDESWEHR

GEWERKSCHAFTEN

Vor der Kaserne

Am Mittwoch nach Pfingsten paßte auch Dahlgrün: Der Substanzwert des Veba-Papiers sei mit über 600 Mark ermittelt worden, und es sei unvertretbar, die Papiere in Bundesbesitz für 210 Mark zu verschleudern.

Dollinger preschte allein vor. Auf dem Wiesbadener Mittelstandstag der Christdemokraten am Freitag vorletzter Woche verkündete er: „Ich werde dem Kabinett vorschlagen, bis auf 26 Prozent Bundesanteil herunterzugehen.“

Als bald fielen Burgbacher und Katzer über den Minister her. Im CDU-Fraktionsvorstand erboste sich am vergangenen Montag der Energie-Professor: „Geschäftsgrundlage sind allein die 51 Prozent.“ Und Katzer: „Man kann nicht heute sagen, wir halten die Majorität, und kaum drei Wochen später alles über den Haufen werfen. Das verstößt gegen die guten Sitten.“

Nach der Sitzung trat Dollinger auf Katzer zu: „Eine Hand können Sie mir wohl noch geben.“ Der tat's, knurrte aber: „Ob ich Ihren Plan morgen im Besitzt Ausschuß erörtern lasse, das weiß ich noch nicht.“

Der Plan wurde erörtert, und wieder unterlag Dollinger. Mit den Sozialdemokraten, die schon immer gegen die Privatisierung waren, und den Freien Demokraten, die nur eine völlige Privatisierung gutheißten, votierte auch die CDU geschlossen gegen zusätzliche Opfer des Bundes.

Dollinger jedoch focht weiter. In der Kabinettsitzung am Mittwoch letzter Woche verteilte er hektographierte Handzettel an die Minister: Es gelte, eine politische Chance zu nutzen. Von den Aktienbestellern gehörten 87 Prozent zur bevorzugten Gruppe 1, das heißt, sie verdienen weniger als jährlich 8000 Mark (Ledige) oder 16 000 Mark (Verheiratete).

Man dürfe sie keinesfalls mit „noch nicht einmal zwei Aktien abspesen“. Und selbst diese Quote werde sich kaum halten lassen, da noch die Ergebnisse von vier Zeichnungstagen ausstünden. Bei der VW-Privatisierung seien mehr als 40 Prozent des Kapitals in den letzten sechs Tagen gezeichnet worden.

Das bedrohliche Bild enttäuschter Wählerscharen machte Eindruck. Verkehrsminister Seeborn riet, man solle doch einfach die ganze Veba privatisieren. Dahlgrün, des Streits überdrüssig, resignierte.

Es wurde beschlossen, weitere 25 Prozent der Veba auf den Markt zu werfen und dem Bundestag eine entsprechende Eilvorlage zuzuleiten, die er noch vor den Sommerferien genehmigen soll.

Um den zusätzlichen Verkaufserlös von 433 Millionen Mark entbrannte in der Kabinettsrunde sogleich reger Wettbewerb. Dahlgrün wollte ihn der Bundesbahn zuschanzen, um Subventionen zu sparen. Minister Stücklen beanspruchte ihn für seine Post. Zuruf aus der Versammlung: „Nein, für das Deutsche Gemeinschaftswerk!“

Vergangenen Freitag trat Volkskanzler Erhard selbst vor die Bonner Presse, um den neuen Aktiensegen anzukündigen.

Ehe er jedoch Wirklichkeit wird, muß das Parlament zustimmen, und bisher haben sich sowohl die CDU-Fraktion als auch der zuständige Ausschuß den Wünschen Dollingers versagt. Hans Katzer achselzuckend: „Ich wüßte nicht, wie das noch klappen soll.“

Der deutsche Soldat, so rasonierte der kaiserliche Generalquartiermeister und spätere Reichswehrminister Groener zu Beginn der Weimarer Republik, müsse „von der verfluchten Politik die Finger lassen“.

Groeners Spruch leitete einen Isolationsprozeß ein, der das 100 000-Mann-Heer zum Staat im Staate von Weimar werden ließ. Dem General paßte die ganze republikanische Richtung nicht.

46 Jahre danach hält es Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel für unangebracht, daß die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Ver-



Verteidigungsminister von Hassel
Paßt die Richtung nicht

kehr (ÖTV) deutsche Soldaten als Mitglieder anwirbt.

Eine Politisierung des Soldatenbereichs, so meint auch Hassel, sei unerwünscht. Die Zielsetzung der ÖTV widerspreche dem Prinzip von Befehl und Gehorsam. Von Hassel paßt die ganze gewerkschaftliche Richtung nicht.

Des Ministers Veto war die Kriegserklärung in einem seit Monaten schwellenden Zwist zwischen Bundesverteidigungsministerium und ÖTV, die sich zu Anfang des Jahres verstärkt bemühte, unter den 125 000 Berufssoldaten der Bundeswehr Mitglieder anzuheuern.

Beim Sturm auf die Kasernen trafen die ÖTV-Werber auf erbitterten Widerstand. Sie hatten zu kämpfen

▷ gegen das Verteidigungsministerium, dem Gewerkschaftsfunktionäre hinter dem Kasernentor suspekt erscheinen und das die „Gefahr einer Radikalisierung“ (von Hassel) in der Truppe sieht;

▷ gegen den „Deutschen Bundeswehr-Verband (DBwV), eine Organisation, der vier Fünftel aller Berufssoldaten angehören und die das Wohlwollen des Ministeriums genießt. Bayerns ÖTV-Chef Willy Bopp: „Die haben Angst, daß wir ihnen das Wasser abgraben.“

Am 4. März baute der Führungsstab der Bundeswehr in einem Erlaß an die Sachbearbeiter für Öffentlichkeitsarbeit die Abwehrfront auf: „Da die Interessenvertretung der Soldaten durch den Deutschen Bundeswehr-Verband gewährleistet ist, könnte eine Mitgliederwerbung durch die Gewerkschaft ÖTV diese guten wehrpolitischen Kontakte stark beeinträchtigen.“

Das Rundschreiben war auf einer Arbeitstagung der sachlich zuständigen Abteilung G 2 im Verteidigungsministerium erdacht worden, die sich auch mit Feindaufklärung und Spionage-Abwehr befaßt. Und es enthielt den Zusatz: „Kontaktversuche von Einzelgewerkschaften bitte ich mir mitzuteilen.“

Die nächste Abwehrschlacht lieferte der Bundeswehr-Verband. Er behauptete, schon 1957 hätten DBwV und Gewerkschaften ihre Interessenbereiche untereinander abgegrenzt: Die ÖTV wolle sich ausschließlich um die 170 000 Zivilbediensteten der Bundeswehr kümmern (von denen derweil 40 000 der ÖTV angehören), dafür überlasse sie dem Bundeswehr-Verband die Truppe.

Ein solcher Nichtangriffspakt war jedoch nie geschlossen worden. Eine Aktennotiz der DGB-Hauptabteilung Organisation und Werbung vom 22. Februar 1957 weist über eine Besprechung zwischen DBwV- und Gewerkschaftsfunktionären lediglich aus: „Auf unsere Frage, ob der Verband sich als Gewerkschaft ausbebe oder als solche gelten wolle, wurde mit einem klaren Nein geantwortet ... Eindeutig wurde erklärt, daß der Deutsche Bundeswehr-Verband keines seiner Mitglieder daran hindern will, Mitglied in einer Gewerkschaft zu bleiben oder zu werden.“

Gleichwohl lästerte der DBwV-Vorsitzende, Brigadegeneral Wolfgang Keilig, gegen die Gewerkschaftswerber. Keilig: „Wir sprechen der ÖTV die sachliche und fachliche Eignung ab, sich zum Wahrer der berufsethischen und sozialen Belange der Soldaten aufzuwerfen. Die ÖTV hat in den vergangenen acht Jahren des Aufbaus der Bundeswehr keinen Finger zur Lösung der sozialen Probleme der Soldaten gekrümmt.“

In der Tat hatte es Jahre gedauert, ehe die Gewerkschaftler ihre Fürsorgepflicht entdeckten. In den fünfziger Jahren noch führten sie einen erbitterten Kampf gegen jeden Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik.

Noch heute ist ein Beschluß des DGB-Bundeskongresses aus dem Jahre 1956 unwiderrufen, der die Gewerkschaften verpflichtet, jene Kräfte zu unterstützen, die „willens und fähig sind ... die Wiederbewaffnung im gespaltenen Deutschland und die Wehrpflicht wieder rückgängig zu machen“.

Mittlerweile freilich haben sich selbst die wehrunwilligsten Funktionäre an den Gedanken gewöhnt, mit der Bundeswehr leben zu müssen. Die ÖTV gründete bereits 1957 eine „Fachgruppe Bundeswehr“, der Ende vergangenen Jahres eine Unterabteilung „Soldaten“ zugeordnet wurde.

Wilhelm Zimmermann, Chef der ÖTV-Soldaten, will in erster Linie das ramponierte Ansehen der Berufssoldaten polieren, für flexiblere Beförderungsmöglichkeiten sorgen, den Soldaten auf Zeit (die nach zwölf oder 15 Jahren ausscheiden) bessere Versorgung verschaffen. Und er möchte den Landsern mehr Freizeit erkämpfen. Spottete „Die Bundeswehr“, das Blatt des Bundeswehr-